

Kommunalpolitisches Memo

kommunalpolitisches
forum nrw e.v.

kommunalpolitisches forum NRW e.V., Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, www.kopofn-rnw.de, V.i.S.d.P.: Jonas Bens

Auswirkungen der Finanzkrise auf die kommunalen Haushalte

Die Kommunen : Arm
trotz Konjunkturpaket

Dass insbesondere die Kommunen die Verlierer der Krise sein werden, zeichnet sich bereits ab. Zwar hat die Große Koalition im Bund beschlossen, dass rund 12 Milliarden EUR (davon 9,8 Mrd. EUR als Zuschüsse und 2,2 Mrd. EUR als Kreditrahmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW) zusätzliche Investitionsmittel im Rahmen des Konjunkturprogramms für öffentliche Investitionen zusätzlich zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird vermittelt, dass hiervon gerade die Kommunen profitieren würden. Zudem wird der Eindruck erweckt, dass mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln die Kommunen im Geld „schwimmen“. Die reale Situation ist aber eine ganz andere. Die Bewertung „zusätzliche Finanzmittel“ sind nämlich eine bewusste Irreführung. In der Folge des vom Bund und Länder beschlossenen Konjunkturprogramms legen die Kommunen finanziell drauf, verlieren also mittelfristig Gelder, wie im Übrigen Bund und Länder auch. Dies hat im Wesentlichen zwei Ursachen:

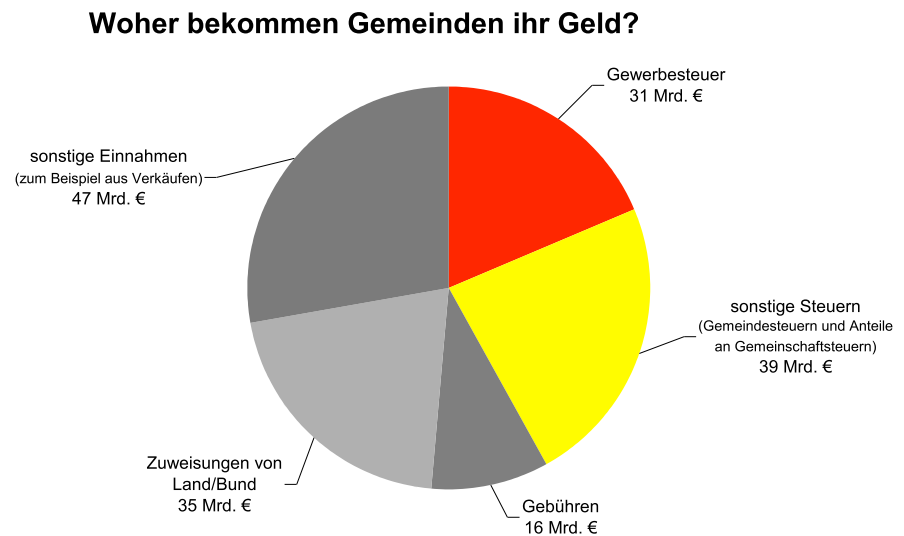
Zwei Probleme: Hoher
Eigenanteil

Die in der Öffentlichkeit genannten Summen müssen dahingehend relativiert werden, als dass in dieser Summe so die kommunalen Eigenmittel, meist 25 Prozent, mit eingerechnet wurden. Eigentmittel beutet, dass die Kommunen verpflichtet werden, eigene Finanzmittel zur Finanzierung von Maßnahmen beizusteuern, wenn das Geld aus dem Konjunkturprogramm fließen soll. In den 12 Milliarden Euro für die Kommunen steckt also - quasi als Rechenrick - ein Anteil, den die Kommunen zusätzlich ausgeben müssen.

...und sinkende Steuer-
einnahmen

Weitere Ursache für die finanzielle Schlechterstellung der Städte und Gemeinden sind Steuerrechtsänderungen bei der Einkommens- und Gewerbesteuer, die im Rahmen des Konjunkturprogramms eingeführt wurden. Die Einnahmeverluste der Kommunen infolge der Krise und der Steuerrechtsänderungen im Rahmen des Konjunkturprogramms ergeben sich aus der Struktur der Finanzverfassung.

Grafik: Woher bekommen die Gemeinden Ihr Geld?



Quelle: ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik, Ralf Krämer

Änderungen bei der Einkommensteuer

Die Kommunen sind mit 15 Prozent am Aufkommen der Einkommenssteuer beteiligt. Hier ergeben sich folgende Änderungen:

1. die Anhebung des Steuerfreibetrages von 7.600 EUR auf rund 8.000 EUR,
2. die Senkung des Einkommensteuersatzes von 15 auf 14 Prozent,
3. die Wiedereinführung der Pendlerpauschale durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes,
4. die steuerliche Absetzbarkeit von Sozialbeiträgen durch die Arbeitnehmer.

Änderungen bei der Gewerbesteuer

Bei der Gewerbesteuer wird es Reduzierungen ergeben, weil diese überwiegend gewinnorientiert ist. Umsatzrückgänge bei den Unternehmen reduzieren im Regelfall die Gewinne, weil die Kosten nicht linear zu den Umsätzen sinken.

Degressive Abschreibungen

Zudem wurde beschlossen, dass die Unternehmen 2009 und 2010 die Abschreibungen auch degressiv vornehmen können, was zu höheren Abschreibungsbeträgen, also Kosten, führt, die wiederum die Gewinne schrumpfen lässt.

Einbruch bei den Steuereinnahmen durch die Kommunen

Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden – der jüngsten Steuerschätzung zufolge – im laufenden Jahr, verglichen mit dem Vorjahr, um fast 9% einbrechen, das sind runde 7 Mrd. Euro. Der Löwenanteil dieses Rückgangs entfällt auf die Gewerbesteuer, sie bricht von 41 auf 35 Mrd. Euro ein. Dabei unterstellten die Steuerschätzer für das laufende Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,3 %, für 2010 schon wieder ein Wachstum um 1,2 %. Für das Jahr 2010 erwartet die Steuerschätzung einen weiteren Rückgang um runde 3 Mrd. Euro (kumuliert somit auf fast 10 Mrd. EUR). Hier schlagen die Konjunkturmaßnahmen noch stärker zu Buche (Quelle: Institut für Markoökonomie und Konjunkturforschung – IMK in Böckler Impuls, Ausgabe 2/2009).

Großer Anteil Minder-einnahmen aus Steuer-erleichterungen

Rund zwei Drittel der kommunalen Einnahmeausfälle des laufenden Jahres sind unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise; das verbleibende Drittel (fast 2 Mrd. EUR) ist durch die Steuererleichterungen verursacht, die im Rahmen der Konjunkturpakete beschlossen wurden (Quelle: Institut für Markoökonomie und Konjunkturforschung – IMK in Böckler Impuls, Ausgabe 2/2009)

Ab 2011 sollen die kommunalen Einnahmen dann wieder steigen. Diese Prognose beruht auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von über 3 Prozent ab 2011. Derzeit sind solche Zahlen jedoch völlig spekulativ. Auch in diesem Szenario wäre das Niveau der kommunalen Einnahmen von 2008 frühestens im Jahr 2013 wieder erreicht – die Inflation nicht berücksichtigt.

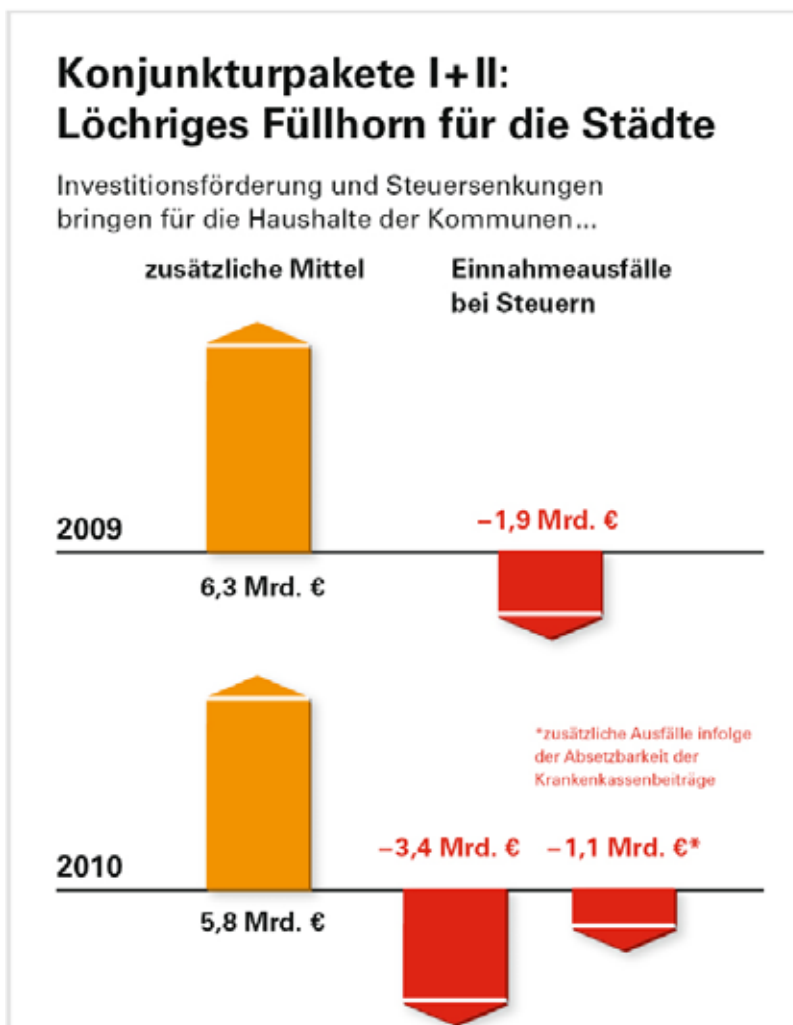
Finanzielle Erholung fraglich

Werden die beschriebenen Prognosen Realität, sind die Konjunkturmittel eben nicht „zusätzlich“, sondern nur ein anteiliger Ausgleich für Steuerausfälle, die die Kommunen selbst nicht zu verantworten haben. Es ist unstrittig, dass auch die Kommunen ihren Anteil zur Bewältigung der Wirtschaftskrise leisten müssen. Es ist aber zu fordern, dass dieser kommunale Beitrag zumindest gewürdigt und nicht verschwiegen wird.

Keine „zusätzlichen“ Mittel durch Konjunkturpaket

Die Folgen der Steuerausfälle für die Kommunen sind noch nicht genau abschätzbar. Zu befürchten ist jedoch, dass die Kommunen künftig nicht im erforderlichen Maße investieren können und dadurch ein weiterer Verfall der Infrastruktur, insbesondere bei Kindertagesstätten, Schulen und Straßen entsteht. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass bis 2020 der kommunale Investitionsstau bundesweit auf rund 700 Mrd. EUR geschätzt wird (pro Jahr rund 47 Mrd. EUR).

Investitionsstau in den Kommunen



Grafik: Gegenüberstellung zusätzliche Mittel und Einnahmeausfälle

Über 400 Mrd. EUR entfallen dabei auf Instandhaltungsinvestitionen, der Rest sind Erweiterungsinvestitionen zur Schließung von Infrastrukturlücken (Quelle: Michael Reichenbach, Investitionsstau und Investitionsbedarf bei den Kommunen, in WSI-Mitteilungen 5/2009).

Konjunkturpaket nur anteiliger Ausgleich

Auch daran wird deutlich, dass die angeblichen zusätzlichen Konjunkturmittel in Wahrheit eben nur ein anteiliger Ausgleich für Finanzausfälle darstellt. Damit sind die Kommunen und die Bürger wieder einmal die Opfer der Krise, auch weil der Abbau von sozialen und so genannten freiwilligen Aufgaben in der Kultur, im Sport und im Freizeitbereich droht.

Konjunkturpaket: kopflastig...

Zudem haben der Bund und die Länder die Regelungen zur Verwendung und Auszahlung der Mittel derart kompliziert gestaltet, so dass eine zeitnahe Realisierung von Anfang an eine Illusion war. So haben CDU und SPD erst im laufenden Verfahren bemerkt, dass ihre unlängst beschlossene Föderalismusreform den Einsatz von Bundesmitteln in den Kommunen überhaupt nicht zulässt. Also musste erst das Grundgesetz erneut geändert werden. Ohne diese Grundgesetzänderung waren die Kommunen überhaupt nicht in der Lage, verantwortungsvoll neue Investitionen zu planen.

...bürokratisch und kompliziert.

Zudem ist bis heute selbst unter Experten nicht klar, was Bund und Land unter zusätzlichen Investitionen verstehen. Da werden auch schon einmalsolche Kriterien wie die „Doppelte Zusätzlichkeit“ vorgegeben. Das Risiko der ordnungsgemäßen Mittelverwendung wurde dabei einfach den Kommunen aufgedrückt. Wenn die die komplizierten Vorgaben des Bundes und des Landes nicht erfüllen, drohen ab 2011 Rückzahlungen. Auch hier ist also die Zurückhaltung der Kommunen durchaus verständlich und nicht wie behauptet wird, Ausdruck von Unfähigkeit.

Alternativen zum Konjunkturpaket: Investitionspauschale...

Die kommunalen Spitzenverbände und der DIE.LINKE fordern, die zusätzlichen Investitionsmittel den Kommunen als Investitionspauschale zur eigenverantwortlichen Verfügung bereitzustellen. Die Kommunen wissen selbst, wo vorrangig zu investieren ist und bei einer pauschalen Mittelbereitstellung wären die Bauaufträge längst erteilt.

...und Gemeindefinanzreform

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, ist eine zunehmende Verarmung in den Kommunen zu erwarten. Gerade jetzt muss die Diskussion über eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung geführt werden. Die LINKE und die kommunalen Spitzenverbände haben hierzu seit Jahren Vorschläge unterbreitet. Eine Mehrheit im Bundestag verweigert jedoch hier grundsätzliche Neuregelungen. Zumindest diese Blockadehaltung muss in der Öffentlichkeit thematisiert werden.

Dieses Memo beruht auf dem Sprechzettel eines Referats, das Frank Kuschel (MdL-Thüringen, DIE LINKE.) auf einer Veranstaltung des KoPoFo NRW gehalten hat. Wir danken Frank Kuschel für die Überlassung seiner Notizen.